

Aufruf zur Wahl der Liste 2 bei der Wahl zum Fakultätsrat



Mündig heißt: Aufbegehren.

Ambitioniert für Verbesserungen

„FAZ: Elf Nationale Bildungsberichte in 20 Jahren – was hat sich in dieser Zeit verändert, welche Probleme sind geblieben?

MAAZ: Die Rahmenbedingungen, unter denen Bildung stattfindet, haben sich stark verändert: Wir hatten Kriege, Wirtschafts- und Finanzkrisen, die Corona-Pandemie, Zuwanderung in erheblichem Maße. Wenn man sich das alles vergegenwärtigt, ist klar: Ein System kann nur bestehen, wenn es sich permanent weiterentwickelt. (...) Man muss aber auch nüchtern sagen, dass die Kernprobleme geblieben sind, zu viele Schüler, die die Bildungsstandards nicht erreichen, zu viele Jugendliche ohne Schulabschluss, eine zu hohe Koppelung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft.“

(„Eine Abschaffung der Schulpflicht wäre Absurd“, Interview der FAZ vom 16. Juni 2026 mit Kai Maaz zum „11. Nationalen Bildungsbericht“, Sprecher des Berichtsgremiums und Prof. für Soziologie, Schwerpunkt Bildungssysteme und Gesellschaft, Goethe-Universität Frankfurt am Main.)

„Die Hauptlenkerin aber, die uns bei der Standeswahl leiten muß, ist das Wohl der Menschheit, unsere eigne Vollendung. Man wähne nicht, diese beiden Interessen könnten sich feindlich bekämpfen, das eine müsse das andre vernichten, sondern die Natur des Menschen ist so eingerichtet, daß er seine Vervollkommenung nur erreichen kann, wenn er für die Vollendung, für das Wohl seiner Mitwelt wirkt. Wenn er nur für sich schafft, kann er wohl ein berühmter Gelehrter, ein großer Weiser, ein ausgezeichnete Dichter, aber nie ein vollendeter, wahrhaft großer Mensch sein.“

(Karl Marx, „Betrachtung eines Jünglings bei der Wahl eines Berufes“, Abiturientenarbeit, 1835.)

Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen rufen unüberhörbar: es bedarf grenzenlos solidarischer Persönlichkeiten statt „nationaler Bildungsstandards“.

Die „Bildung mündiger Menschen“ ist ein wesentlicher Anspruch von KiTa über Schule und Hochschule bis zur Erwachsenenbildung. Doch was ist mündig? Zu verstehen, was „die Gesellschaft“ von mir erwartet, brav mein Werk verrichten und erfolgreich einen angemessenen Platz in der Gemeinschaft einnehmen? Der Dienst an der Waffe? Doch wohl eher die Erkenntnis, dass soziale Ungleichheit und Krieg der großen Mehrheit schaden und wenige profitieren, auch für den Klimawandel keine „Kollektivschuld“ besteht, Interessen von Arbeiter:innen und Unternehmer:innen in aller Regel gegensätzlich sind und Leistungsideologie ein Feind des Wohlbefindens ist – folglich das solidarische Lernen daraufhin, die Welt gemeinsam zum Besseren zu verändern.



„Wir können nicht umhin - hm - zu gestehen, dass uns seine große Gelehrigkeit gewisse Sorgen bereitet“

Hanns Erich Köhler, 1950!

Ein wesentliches Lernziel sei somit auch das Frechsein, alle Gebote der Bravheit und des Leisetretrons verlachen können und den Mut für Widerspruch entwickeln. Niemals allein – die Erfahrung zeigt: Es finden sich schnell Gleichgesinnte.

So bilden sich mündige Persönlichkeiten, die sich solidarisch engagieren u.a. für höhere Löhne und Umverteilung, für zivile Konfliktregulierung, für ein humanistische Praxis gegen Rassismus, Chauvinismus und Ungleichheitspostulate, für eine nachhaltige Produktionsweise zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Eine solche emanzipatorische Bildung muss allemal dort verwirklicht werden, wo Pädagog:innen sich gemeinsam qualifizieren – in Forschung, Lehre, Studium und Selbstverwaltung der Universität. Ein kritischer Gesellschaftsbezug, die Freude

am Lernen, die Entwicklung von Konfliktfähigkeit und die Entdeckung von bislang Ungeahntem sind somit wesentliche Zwecke sinnvollen Engagements in der Gestaltung der Erziehungswissenschaft.

weiter auf der zweiten Seite ➡

Unsere programmatischen Eckpunkte für den Fakultätsrat

Studienreform für einen kritischen Realitätsbezug

- Exemplarisches und forschendes Lernen statt pauken eines festen Kanons, u.a. durch Ausbau des Projektstudiums als inhaltliche Vertiefung an beispielgebenden Fragen mit aktueller Bedeutung.
- Die erhebliche Reduktion und Abschaffung von Prüfungen und Benotungen zu Gunsten einer entwicklungsorientierten Kultur der Kooperation und gegenseitiger Rückmeldung.
- Die Abschaffung des sozial nicht gestützten Auslandspraktikums im Lehramt und eine erleichterte Anerkennung von Praktika in EuB.
- Weiterentwicklung und Ausbau der Studieneingangsphase hin auf Einsicht in die besonderen Gestaltungsmöglichkeiten der Universität und kritische Distanz zu den Bildungseinrichtungen in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit.
- Inhaltlich ein besonderes Gewicht auf
 - die Überwindung sozialer Ungleichheit und ihrer Ursachen als solidarische Angelegenheit; gegen den Mythos, diese seien durch Bildung individuell (!) zu beheben,
 - Friedenspädagogik zur Erkenntnis ökonomischer und politischer Interessen an Krieg und Gewalt; um engagiert zu gewaltfreier Konfliktlösung und ziviler Entwicklung beizutragen,
 - die Bearbeitung struktureller Lernhindernisse anstelle einer individualisierenden und defizitorientierten Diagnostik,
 - aufgeklärte Sexualpädagogik für ein egalitäres Menschenbild,
 - Medienpädagogik für Kritikfähigkeit gegenüber den sozialen und kulturellen Auswirkungen digitaler Medien und ihren Profiteuren.

Gut finanzierte Bildung statt Kanonen

- Sozial gute Bedingungen für das befreite emanzipatorische Lernen (BAföG für Alle!) – das zu erkämpfen, geht alle etwas an: Studierende, Lehrende und Kollegen in der Verwaltung.
- Auskömmliche Finanzierung der Uni: Gemeinsam ambitioniert mit anderen Fakultäten, Hochschulen, Einrichtungen für Soziales, Gesundheit, Kultur. Geld ist genug da, Hamburg ist eine reiche Stadt.
- Offiziere sind schlechte Pädagogen: Die Kooperationsvereinbarung zwischen Schulbehörde und Bundeswehr ist aufzuheben.

Geschichtsbewusst gegen Rechts

Ein aufgeklärt geschichtsbewusstes Menschenbild, die Verbesserung der sozialen Lage und die Beteiligung der Wissenschaften an den gegenwärtigen Konflikten haben großes Gewicht für die Zurückdrängung rechter Demagogie, rassistischer und antisemitischer Verhetzung. Daher wirken wir für:

- Parteilichkeit der Wissenschaft in analytischer Gegnerschaft zu restriktiven, autoritären und entwicklungsfeindlichen Menschenbildern und pädagogischen Konzeptionen,
- Die Einrichtung einer Anlaufstelle bei Erfahrungen mit Rassismus in der Fakultät – eine solidarische Kultur ist gemeinsame Angelegenheit Aller,
- Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor der Beschäftigung im öffentlichen Dienst aufheben, insbesondere gegen jede Stigmatisierung von Menschen muslimischen Glaubens,
- Projektwoche 8. Mai (Tag der Befreiung) – zur wissenschaftlichen Reflektion, welche Schlussfolgerungen sich heute aus dem Sieg des Humanismus über den Faschismus ergeben,
- Gedenken gegen die Bücherverbrennung als aktualisierte Aneignung der verbrannten Literatur,
- Umbenennung der „Sedanstraße“ (1900 benannt zur Verherrlichung des preußisch-deutschen Siegs in der Sedan-Schlacht) nach dem Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann.

Till Petersen

LA Gym, uniweite AG Ausfinanzierung, Fakultätsrat, FSRK, StuPa, Die LINKE

Sinah Mielich

ErzWiss, Projektstudium, Tu was – Hamburg!, GEW, Die LINKE

Helen Vogel

Erziehungswissenschaft, Kampagne BAföG-für Alle!, SJD-Die Falken, SPD

Lene Greve

LA Sek, uniweite AG Ausfinanzierung, Initiative Sedanstr. umbenennen!, GEW, Die Grünen

Unsere Kandidierenden

Dennis Köstner

MA Aufbauqualifikation LASEk, Theologie

Mona Kazempoor

Referat für Internationale Studierende

Svenja Horn

Erziehungswissenschaft, Initiative Stopp Rüstungsexporte - ziviler Hafen, Die Grünen

Jan-Philip Schneekloth

LASEk SoWi / Englisch, Die LINKE

Dunya Fatima Noorzai

BA Erziehungswissenschaft

Oskar Bakuka Lomboto

Lehramt Theologie, Chemie

Alexander Henzler

Erziehungswiss., GEW, SDS*

Laura Barzon

Lehramt PriSe, Deutsch, Geografie

Felix Wendeburg

Erziehungswissenschaft, Fachbereichsrat, AG 8. Mai, Die LINKE

Philip Metzner

Master Aufbauqualifikation Lehramt

Unser strategisches Verständnis der Fakultätsratsarbeit

1. Links ist historisches Erbe, aktuell von Bedeutung und hat Zukunft

Die Erziehungswissenschaft und die Lehrerbildung der Universität Hamburg haben eine linke Geschichte. Die Durchsetzung der Forderung aus der Arbeiterbewegung nach einer wissenschaftlichen Ausbildung der Volksschullehrer war entscheidend für die Gründung der Universität nach der Novemberrevolution. In der Weimarer Republik war der Reformpädagoge Wilhelm Flitner prägend, in seinen Seminaren trafen sich später die Mitglieder der Hamburger Weißen Rose. Die Hamburger Erziehungswissenschaft war ein Zentrum der 68er-Bewegung, die Sozialpädagogik zwischenzeitlich sogar Schutzraum für den erweiterten RAF-Kreis. Die Struktur der Lehrerbildung war viele Jahre lang auf die noch nicht verwirklichte Gesamtschule als Regelschule ausgerichtet und mit dem „Hamburger Modell“ der Integration der Fachdidaktiken in die erziehungswissenschaftliche Fakultät ist bis heute ein besonderer Akzent auf die pädagogische, also menschenbildliche Seite der Lehrerbildung gesetzt. Diese linke Tradition kann umfassend befürwortet werden, ist hochaktuell und hat Zukunft.

Gute Arbeit im Fakultätsrat ist selbstbewusst links mit freundlichem Verallgemeinerungsanspruch:

- für soziale Gleichheit statt Hierarchisierung,
- für emanzipatorische Bildung statt autoritärer Erziehung,
- für Solidarität statt Selektion,
- für Friedenspädagogik statt Konkurrenztauglichkeit,
- für kritische wissenschaftliche Qualifizierung statt alltagskonformer Ausbildung.

2. Die Studierenden haben die Initiative mit Gesamtstandpunkt

Eine linke Erziehungswissenschaft heißt also: Bildung mündiger Persönlichkeiten durch kritische eingreifende Wissenschaft für Frieden und Soziales in Gegnerschaft zu den Profiteuren von Ungleichheit und Krieg.

In dieser Weise bilden studentische Interessen, Verbesserungen für alle Hochschulmitglieder und gesellschaftliche Wohlfühlentwicklung eine Einheit. Wir agieren mit Gesamtstandpunkt statt für Partikularinteressen.

Eine Studienreform mit erheblich reduziertem Prüfungsstress und exemplarischem Lernen an aktuellen Schlüsselproblemen entlastet nicht nur Studierende, sondern alle Mitgliedergruppen, führt zu mehr Freude bei der lebendig solidarischen Erkenntnisarbeit und trägt zu gesellschaftlichem Fortschritt bei. So z.B. auch ein Themensemester zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus (8. Mai 1945). Eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschule schafft angenehmere Lern- und Arbeitsbedingungen für alle, begünstigt eine drittmittelunabhängige und kritische Wissenschaft und ist Teil einer gesellschaftlichen Umverteilung von oben nach unten.



El Lissitzky, plastische Gestaltung der elektromechanischen Schau „Sieg über die Sonne“, 1920.

3. Auffassungen sind veränderbar

„Ihren Bildungsauftrag sieht die Universität in der Entwicklung von Sachkompetenz, Urteilsfähigkeit und der Fähigkeit zu argumentativer Verständigung auf wissenschaftlicher Grundlage.“
(Leitbild der Universität Hamburg)

„Diese Verhältnisse sind nicht mechanisch. Sie sind tätig und bewußt, das heißt, sie entsprechen einem größeren oder geringeren Grad des Verständnisses, das der Einzelmensch von ihnen hat. Daher kann man sagen, daß jeder in dem Maße selbst anders wird, sich verändert, in dem er die Gesamtheit der Verhältnisse, deren Verknüpfungszentrum er ist, anders werden läßt und verändert.“

(Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Heft 10 (1932-35), Teil II, § (54). Einführung ins Studium der Philosophie. Was ist der Mensch?)

Menschen mit ihren Auffassungen sind zum Glück keine statischen Identitäten, sondern entwickeln sich bestenfalls dynamisch und unendlich in der sozialen Interaktion.

In der Universität als Wissenschaftseinrichtung bestehen besonders günstige Voraussetzungen, sich im zivilisierten argumentativen Meinungsstreit gegenseitig zu qualifizieren und gemeinsame erweiterte Handlungsfähigkeit zu entwickeln.

Die Diskussionen im Fakultätsrat dienen daher nicht lediglich dem Meinungsabgleich und der Feststellung von Mehrheiten, sondern sie sind vielmehr auf Erkenntnisbildung und Konfliktlösung sowie Entscheidungsfindung für ein erweitertes Niveau solidarischer Praxis gerichtet.

Streitbar, konfliktfähig, produktiv.

Ausgewählte Beschlüsse des Fakultätsrats

auf Antrag der kritischen Aktiven in der Erziehungswissenschaft

Für die Ausfinanzierung der Uni – Aktivitäten im Sommersemester 2026

„1. Der Fakultätsrat begrüßt die von der mitgliedergruppenübergreifenden AG Ausfinanzierung für den 11. Juni anvisierte Demonstration unter dem Motto „Für die Ausfinanzierung der staatlichen Hamburger Hochschulen“ und ruft alle Mitglieder der Fakultät auf, sich an der Demonstration zu beteiligen.

2. Lehrende und Studierende, die zum Zeitpunkt der Demonstration regelhaft eine Lehrveranstaltung haben, bittet der Fakultätsrat diese auf die Demonstration zu verlegen und gemeinsam an ihr teilzunehmen. Studierenden, die an der Demonstration teilnehmen, dürfen dadurch keine Nachteile im Studium entstehen, insbesondere sind für die Teilnahme keine Fehlzeiten anzurechnen.

3. Der Fakultätsrat spricht sich dafür aus, die Erklärung der AG Ausfinanzierung „Gegen die Kürzungen! Für die Ausfinanzierung der Uni!“ über geeignete Verteiler der Fakultät allen Mitgliedergruppen bekanntzumachen und befürwortet die Thematisierung der Auswirkungen der aktuellen Haushaltslage und der drohenden Kürzungspläne sowie der geplanten Aktivitäten für die Ausfinanzierung der Uni in den Lehrveranstaltungen der Fakultät im beginnenden Sommersemester.“

Einstimmig beschlossen in der Fakultätsratssitzung am 6. April 2026.

Darüber hinaus beschließt der Fakultätsrat, am Tag der Demo einen „dies academicus“ durchzuführen, mit Informationsveranstaltungen am Vormittag und anschließender gemeinsamer Demo-Teilnahme.

Rassismus engagiert entgegnetreten: Einrichtung einer Fakultäts-Anlaufstelle

„Im Einklang mit dem Maßstab des Hamburgischen Hochschulgesetzes, für die Mitglieder ein diskriminierungsfreies Studium beziehungsweise eine diskriminierungsfreie berufliche oder wissenschaftliche Tätigkeit sicherzustellen sowie bestehende Benachteiligungen abzubauen (HmbHG §3, Abs. 4) möge der Fakultätsrat beschließen:

3. Der Fakultätsrat befürwortet die Einrichtung einer Anlaufstelle für die Erfassung von und Beratung bei Erfahrungen rassistischer Diskriminierung im Zusammenhang mit dem Studium bzw. der beruflichen Tätigkeit an der Fakultät.

4. Der Fakultätsrat befürwortet die fakultätsübergreifende Kooperation zur Weiterentwicklung wirkungsvoller Maßnahmen gegen rassistische Diskriminierung.

5. Der Fakultätsrat bekräftigt die Bedeutung einer auskömmlichen Finanzierung von bestehenden und neu zu schaffenden Beratungs- und Meldestellen.

Begründung (Auszug)

Organisierte rechte Kräfte forcieren aktiv rassistische Sündenbock-Konstruktionen zur Umdeutung der wirtschaftlichen Rezession und kultureller Missstände, um solidarische Antworten auf die gesellschaftliche Krise abzuwenden. Insbesondere pauschale Antisemitismus-Zuschreibungen gegen Menschen muslimischen Glaubens werden medial zunehmend unkritisch verbreitet. (...) Eine Anlaufstelle für Betroffene von rassistischer Diskriminierung kann helfen, eine aufgeklärte, sorgfältige Fakultätskultur zu schaffen, in der die gleiche Würde aller Menschen gleichermaßen Ziel und Modus der Bildung zur humanen Gestaltung der Welt ist.(...)“

Nach ausführlicher Diskussion stimmt der Fakultätsrat auf seiner Sitzung am 9. Juli 2026 anstelle des Antrags folgende Sätze ab:

„Der Fakultätsrat begrüßt die Arbeit des Zentrums für Antidiskriminierung (ZfA) und kommuniziert die Bereitschaft der Kooperation durch die Fakultät.“ (einstimmig angenommen)

„Das Ergebnis der Kooperation könnte die Einrichtung einer Erstanlaufstelle für Antidiskriminierung im Zusammenhang mit dem Studium bzw. der beruflichen Tätigkeit an der Fakultät EW sein.“

(mit 6 Fürstimmen und 7 Gegenstimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt)

Weniger Zwang bei Beratung

Auszug aus dem Protokoll des Fakultätsrats am 11. Februar 2026, Tagesordnungspunkt „Prüfungsordnung Bachelorstudiengänge der EW“:

„Der Dekan bittet Frau Mielich um Erläuterung des vorliegenden Änderungsantrags. Die Zwangsberatung bei Überschreitung von zwei Semestern nach dem Ende der Regelstudienzeit und die Androhung einer Exmatrikulation, wenn diese nicht erfolgt, hält sie für sehr kritisch, da Druck und Ängste bei Studierenden, die seit der Corona-Pandemie teilweise noch bestehen, verstärkt würden. (...) Herr Petersen ergänzt, dass im HmbHG auch darauf verwiesen wird, dass Regelungen durch Satzungen getroffen werden können. Er plädiert für eine Ergänzung des Absatzes unter §3, dahingehend, dass eine Beratung im Rahmen einer Informationsveranstaltung stattfinden kann und des Weiteren, dass Studierende im Rahmen des Beratungsgespräch zu keiner persönlichen Auskunft zu ihrem Studienverlauf verpflichtet sind. (...) Die von Herrn Petersen eingebrachte Ergänzung hinsichtlich der Studienberatung nimmt das Gremium einstimmig (15:0:0) an.“

Die vollständigen und weiter Antragstexte sowie weitere Informationen sind zu finden unter

www.kritische-aktive-erzwiss.de

WAHL – INFO :

Der Fakultätsrat ist das höchste demokratisch gewählte Selbstverwaltungsgremium der Fakultät. Er trifft wichtige Richtungsentscheidungen über die Struktur und Entwicklung von Studium, Lehre und Forschung. Die Sitzungen sind öffentlich für alle Mitglieder der Fakultät. Insgesamt werden 19 Mitglieder (mit jeweils einer Stellvertretung) gewählt: 10 Professor:innen, 3 Mitglieder des akademischen Personals, 3 des Technischen- und Verwaltungspersonals (TVP) und 3 Studierende.

Gewählt wird nun erstmals online bis zum 10.07.2026, 14:00 Uhr. Die Zugangsdaten für die Beteiligung werden per Mail an die studium.uni-hamburg.de-Adressen versendet.